

(Gaskraftwerke:) Versorgungssicherheit versus CO₂-Reduktion

20.04.2011

Auf einen Blick

Die Verzögerung beim Ersatz der AKW durch die Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche führt zwangsläufig zu einer zusätzlichen Verschärfung der Versorgungssituation. Man kann gar von einem drohenden Versorgungsengpass sprechen, wenn man auf das Jahr 2020 sieht. Dieser Engpass zeichnet sich bereits heute ab: Rund 15 Prozent des Stroms im Januar mussten importiert werden – also just zu der Jahreszeit, wenn es darauf ankommt.

Die Analyse, was das heisst und wie die Schweiz reagieren soll, steht noch aus. Das Bundesamt für Energie ist in der Pflicht, hier Lösungen vorzuschlagen, die die Versorgungssicherheit nicht infrage stellen. Mehr Importe sind keine Lösung, denn auch unsere Nachbarländer fragen nach immer mehr Strom nach. In der Schweiz selbst wird der Bedarf ebenfalls weiter steigen: Rund vier Prozent mehr Strom wurden 2010 benötigt – trotz einem sich stabilisierenden Pro-Kopf-Verbrauch. Die Wirtschaft hat einen massgeblichen Beitrag zur Stabilisierung geleistet, rund 800 GWh Strom konnten dank den freiwilligen Massnahmen der Firmen der Energie-Agentur der Wirtschaft jährlich gespart werden.

economiesuisse geht davon aus, dass kurzfristig bis 2020 in jedem Fall neue Grosskraftwerke erstellt werden müssen. Sofern die Sistierung des Rahmenbewilligungsverfahrens zum Bau von KKW innert nützlicher Frist nicht aufgehoben werden kann, wird kein Weg darum herumführen, mindestens drei Gaskombikraftwerke zu bauen. Dies würde die Emissionen der Schweiz schwer belasten und wäre klimapolitisch nicht unbedenklich. Die Schweiz müsste mit rund 1,2 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen pro Jahr zusätzlich rechnen und entsprechende Kompensationen vorsehen. Dies müsste grösstenteils im Ausland geschehen.

Es muss gelingen, die Energieeffizienz weiter zu steigern, die Stromproduktion zu erhöhen, um den Bedarf zu decken und gleichzeitig die Klimapolitik voranzubringen. Für diese ambitionierten Zielsetzungen braucht es eine faktenbasierte und konstruktive Zusammenarbeit aller relevanten Kreise.